

Mittelfranken ist Spitze!

- Allerdings im Flächenverbrauch der Bezirke - bayernweit sind es baukonjunkturbedingt „nur noch“ 17 ha = 170.000 Quadratmeter täglich... Mit lediglich 93 Einwohnern pro km² ist unser Landkreis dünn besiedelt; es steht also viel Land zur Verfügung, um das Gebiet zu „entwickeln“. Tatsächlich drohen riesige Flächenverbräuche durch das Großgewerbegebiet Interfranken am Autobahnkreuz Feuchtwangen, durch Center Parcs bei Dennenlohe.

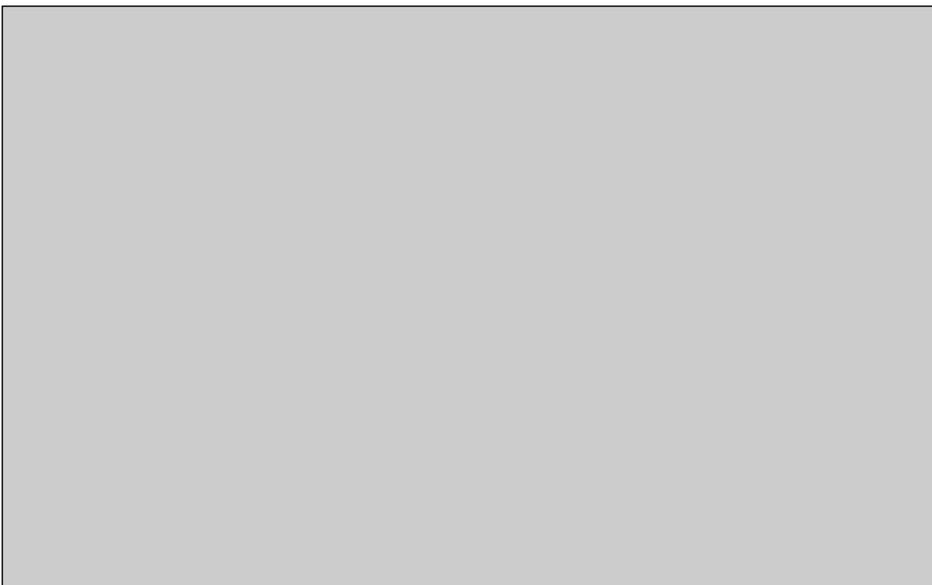


Auf einer Biotopfläche von einem halben Quadratkilometer wüten bereits Bagger und LKWs: auf nach Art. 13 d des BayNSchG geschützten artenreichem Magerrasen mit Odermennig, Flockenblume, Echtem Labkraut, Schafgarbe, Kreuzblume, Wilder Möhre. Zerstört werden wechselfeuchte Bereiche wie Mulden und Fahrspuren mit verschiedenen Binsenarten, Moorlabkraut, Rasenschmiele. Dies sind Lebensräume für Amphibien, wie den selten gewordenen Laubfrosch. Über siebzig Vogelarten haben unsere Fachleute auf dem Gelände beobachtet: vom Allerweltsvogel Amsel über Baumfalke, Baumpieper, Brachpieper, Braunkehlchen bis Zaunkönig und Zilpzalp.

Lieber Leser, Sie wissen längst, es handelt sich um den ehemaligen Truppenübungsplatz Urlas zwischen Ansbach-Stadt und Katterbach. Um das Unheil zu verhindern, hat der BN Anfang 2007 Antrag auf Unterschutzstellung dieses Gebietes gestellt. Dies wurde abgelehnt. Das Pentagon in Washington ordnete den Ausbau Katterbachs zur einzigen US-Hubschrauberbasis in Europa an; über ein „Kenntnisgabeverfahren“ versuchen nun willfähige (gleichgeschaltete?) deutsche Behörden diese Planung umzusetzen. Nachdem unser Vorsitzender Prof. Dr. Weiger den Urlas zur Chefsache erklärt hatte, klagte der BN konsequenterweise gegen die Urlasbebauung, die dem deutschen Steuerzahler v. a. wegen der geforderten Umgehungsstraße Millionen kosten würde. Nachdem das Verwaltungsgericht Ansbach unseren Eilantrag auf Baustopp abgelehnt hatte, legte der BN Beschwerde dagegen ein. Diese wurde kürzlich vom Verwaltungsgerichtshof München abgelehnt. Über die Klage selbst („Hauptsacheverfahren“) wird wohl nächstes Jahr entschieden - der BN zieht sie natürlich nicht zurück. Erreicht haben wir eine Verzögerung des Baus und die geplante Verkleinerung des ersten Bauabschnitts von 130 auf 106 Häuser. Die von den USA ausgehende weltweite „Finanzkrise“ wird uns zwar auf Jahre hinaus empfindlich treffen - sie wird die Urlaspläne aber hoffentlich in die Papierkörbe befördern.

Ihr

H. Lorbach



Nur ein kleiner Teil unserer langjährigen Mitglieder, die bei der Jahreshauptversammlung für 20 bzw. 30jährige BN-Mitgliedschaft geehrt wurden, konnte persönlich anwesend sein. Von links:

Robert Wachsmann, Ingrid Fastner-Wachsmann, Martha u. Gerhard Spanheimer, Heide Söder, Horst Ebert und Marion Grumann. Insgesamt sind in den Jahren 1977 und 1987, auf die sich die Ehrung bezog, 68 Naturfreund/innen der Kreisgruppe Ansbach beigetreten. Für diese langjährige Unterstützung bedankte sich Vorsitzender Bernd Horbaschek herzlich.

Fortschritt beim Bibermanagement

Seit 1. September 2008 hat die Bay. Staatsregierung einen Biberfonds eingerichtet und mit jährlich 250.000,- EUR ausgestattet. Damit können bestimmte tatsächliche wirtschaftliche Schäden, die durch Biber in manchen Fällen hervorgerufen werden, unter gewissen Voraussetzungen ersetzt werden. Zuständig ist im Bedarfsfall die Untere Naturschutzbehörde am Landratsamt. Damit wird einer seit fast 15 (!) Jahren währenden Forderung des BN endlich Rechnung getragen. Wir sind sicher, dass mit diesem überfälligen Schritt zukünftig ein Teil der Konflikte, v. a. mit der Landnutzung, vermieden wird und die Akzeptanz für den Biber steigt. Immerhin hat kostenlose Renaturierungstätigkeit mit Steigerung der Artenvielfalt, hochwasserbremsender Wirkung usw. erhebliche volkswirtschaftliche Vorzüge.

Heizungen und Umwelt

Beim Thema Hausheizungen stehen Kosten, Verfügbarkeit und Verträglichkeit für Mensch und Natur im Vordergrund. Der Referent, Dipl.-Ing. Heinz Horbaschek, Erlangen, analysiert die unterschiedlichen Energieträger verschiedener Heizsysteme.

Donnerstag, 05. März, 19.30 Uhr, Gasthof „Rangau“, AN-Elpersdorf

„Center Parcs Bavaria“ – geplantes Ferienparadies auf Kosten der Natur



Durch Presseberichte Ende Juli wurde die Öffentlichkeit erstmals über die Planungen für eine großdimensionierte Ferienanlage im südlichen Landkreis Ansbach informiert. Die Firma „Center Parcs“ plant

im Waldgebiet „Heide“ bei Dennenlohe einen Ferienpark mit 800 Ferienhäusern, einer glasüberdachten subtropischen Badelandschaft, Restaurants, Einkaufs- und Sportmöglichkeiten auf einem Areal von über 150 ha. Laut Presseberichten lief bereits seit zwei Jahren im Hintergrund die Standortsuche in Süddeutschland für dieses gigantische Vorhaben der Freizeitindustrie. Die Wahl des Standortes erfolgte wohl vor allem deshalb, weil man seitens der niederländischen Investoren nur mit wenigen Grundstückseigentümern verhandeln musste: Der Großteil des Gebietes gehört dem Freistaat Bayern.

Aus Sicht des Bund Naturschutz ist der Standort Dennenloher Heide denkbar ungeeignet für ein Freizeitprojekt dieser Größenordnung. Gemeinsam mit dem Landesbund für Vogelschutz haben wir daher die wichtigsten Argumente gegen die Ansiedlung des Center Parcs zusammengestellt und in die öffentliche Diskussion eingebracht. Inzwischen hat sich auch vor Ort eine Bürgerinitiative „Rettet die Heide“ gegründet.

Was spricht gegen einen Center Parc an diesem Standort?

- Bei der Heide handelt es sich um das größte geschlossene Waldgebiet im Landkreis Ansbach. Die ökologische Bedeutung als Lebensraum für Arten, die große ungestörte Flächen benötigen, lässt sich nicht ersetzen.
- In der Heide liegen drei überregional bedeutsame und nach EU-Recht geschützte Moore und Feuchtgebiete. Sie sind auf einen intakten Wasserhaushalt im gesamten Einzugsgebiet angewiesen, der durch das geplante Bauvorhaben mit Sicherheit zerstört würde.
- Auch die Vogtsweiher, der Neuweiher und etliche Feuchtwald-Bereiche weisen einen hohen Biotopwert auf. Dieser würde durch die geplante Nutzung vollständig vernichtet.

- Im näheren Bereich des beplanten Gebietes brütet seit zwei Jahren das bislang einzige Brutpaar des Seeadlers in Bayern. Diese erste erfolgreiche bayerische Seeadleransiedlung seit 150 Jahren darf nicht durch ein durchaus auch an anderer Stelle realisierbares Freizeitprojekt gefährdet werden!
- Neben dem Seeadler sind in dem Gebiet eine ganze Reihe weiterer herausragender Tierarten beheimatet, die größtenteils auf der Roten Liste stehen.

Welche Auswirkungen sind durch Bau und Betrieb zu erwarten?

- Durch die Bebauung selbst, die Erschließung, den ruhenden und sich bewegenden Verkehr und die Nutzung durch bis zu 3.500 Gäste pro Tag würde das Gebiet seinen bisherigen Charakter als ruhige Wald- und Naherholungslandschaft vollständig verlieren.
- Die Bebauung mit 800 Ferienhäusern, einem großen Schwimmbad, Restaurant und Sportanlagen wird das gesamte Waldgebiet auf 150 ha in eine parkartige Kunstlandschaft verwandeln, die – analog zu bestehenden Center Parcs – für Einheimische nur noch gegen Eintrittsgebühren zu betreten sein wird.
- Die geplante künstliche Bade- und Freizeitlandschaft hätte einen extrem hohen Wasser- und Energiebedarf und würde gravierende negative Auswirkungen sowohl auf den Grundwasser- als auch auf den Oberflächenwasserhaushalt mit sich bringen.
- Das Projekt würde einen großen Bedarf an Ausgleichsflächen nach dem Waldgesetz und Naturschutzgesetz zur Folge haben, der auf zunehmend knapper werdenden landwirtschaftlichen Flächen im Umland realisiert werden müsste.
- Ohne Bahnanschluss und öffentlichen Personennahverkehr müssen die wöchentlich erwarteten mehrere Tausend Übernachtungsgäste mit dem PKW anreisen. Das bedeutet - neben dem Zulieferverkehr und Tagesgästen - eine erhebliche zusätzliche Verkehrsbelastung für die betroffenen Bürger.
- Die Region Hesselberg hatte sich bisher mit Unterstützung der Bevölkerung die Förderung des sanften Tourismus' zum Ziel gesetzt. Unverzichtbare Grundlage hierfür ist eine intakte Landschaft; diese würde unwiederbringlich verloren gehen und viele Möglichkeiten verträglicher Entwicklung des Hesselbergraumes verbauen.

Fazit:

Auch die Naturschutzverbände verschließen sich selbstverständlich nicht dem Argument, dass ein derartiges Vorhaben zahlreiche Arbeitsplätze in den ländlichen Raum bringen würde. Die wirtschaftlichen Vorteile werden jedoch mit Sicherheit weniger der Region als vielmehr den Investoren zugutekommen. Dafür muss jedoch nicht zwangsläufig eines der ökologisch hoch-

wertigsten Gebiete im ganzen Landkreis geopfert werden! Bei guter Planung lässt sich mit Sicherheit ein besser geeigneter und besser erschlossener Standort finden. Der Staatswald ist im übrigen Bürgerwald und keine beliebige Dispositionsmasse für Großprojekte der Freizeitindustrie. Wir fordern von der bayrischen Staatsregierung ein klares „Nein“ zum Flächenverkauf und die Suche nach einem umweltverträglicheren Standort, dann erübrigen sich in der Heide die weiteren Verfahrensschritte. Das Projekt wäre mit erheblichen, nicht ausgleichbaren Auswirkungen auf Natur und Landschaft, bisherige Erholungsnutzung, Verkehrsentwicklung und Wasserhaushalt für die gesamte Region verbunden. Daher lehnen BN und LBV gemeinsam mit zahlreichen Bürgern der umliegenden Gemeinden das Vorhaben an diesem Standort entschieden ab.

Unsere Bitte: Unterstützen Sie die Unterschriftenaktion der Bürgerinitiative „Rettet die Heide“ und senden Sie die Listen mit möglichst vielen Unterschriften bis 15. Januar an die Geschäftsstelle zurück. Die Listen sollen als Ausdruck des Bürgerwillens an politische Entscheidungsträger übergeben werden. Sie können die Liste auch von www.bn-ansbach.de herunterladen.

Sibylle Tschunko



Energieautarke Region Güssing/Burgenland

Organisiert von der FBG Ansbach-Fürth, dem Agenda 21-Arbeitskreis Umwelt des Landkreises und dem Bund Naturschutz informierten sich 15 Kommunalpolitiker, Waldbauern und Naturschützer aus dem Landkreis über das „Energiemodell Güssing“ im österreichischen Burgenland und kehrten mit vielen neuen und tiefgreifenden Erkenntnissen zurück. War die dünn besiedelte Region in isolierter Lage am Eisernen Vorhang zu Ungarn noch Ende der 1980er Jahre das Armenhaus Österreichs, ist es jetzt nach 20 Jahren eine Vorzeigeregion mit 1.300 neu geschaffenen Arbeitsplätzen und über 50 neu angesiedelten Betrieben, wo sich inzwischen Forschungsinstitute aus der ganzen Welt die Klinke in die Hand geben. Den Grundstock für die positive und umweltverträgliche Entwicklung bildete das Besinnen auf die vorhandenen Stärken und Ressourcen der Region, sagte Bürgermeister Deutsch. Man habe als erstes bei der Wärmeversorgung angesetzt, weil hierbei nahezu 100 % der immensen Kosten ins Ausland abgeflossen waren und für die regionale Wertschöpfung fehlten.

Inzwischen versorgt sich nicht nur die 4.000-Einwohner-Gemeinde Güssing, sondern der gesamte Bezirk zu nahezu 100 % aus heimischen regenerativen Energien. Entscheidender Unterschied zu ähnlichen Ansätzen in Westmittelfranken ist, dass die Wärmeversorgung nicht mit Einzelheizungen, sondern zu fast 100 % über Nahwärmenetze erfolgt, die Schritt für Schritt



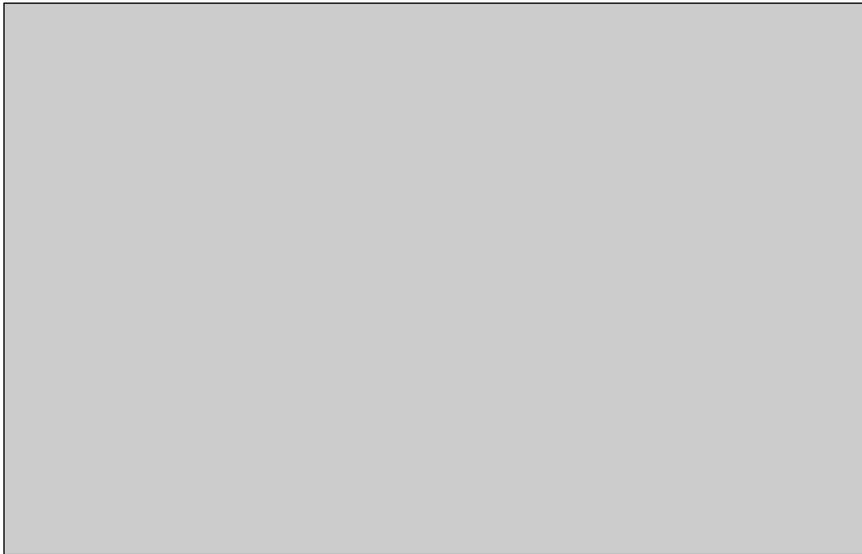
aufgebaut wurden. Diese werden hauptsächlich mit Holz in Form von Hackschnitzeln, teilweise kombiniert mit Warmwasser-Solaranlagen und Biogasanlagen aus zentralen Großanlagen gespeist. Die Bürger und Betriebe

beziehen also preisgünstige heimische Wärme, die vorhandenen Kamine und Öfen haben keine Funktion mehr. Mit dem Nahwärmesystem und den wenigen, bedarfsgerechten Anlagen wird höchste Energieeffizienz bei geringsten Emissionswerten erzielt.

Motor des Ganzen ist das Technologiezentrum. Dort wird auch auf hohem Niveau geforscht. Das technisch-praktische Know-how werde mittlerweile als Dienstleistung weltweit angeboten. Beispielsweise habe man bedarfsgerechte Energiekonzepte für die Stadt Göteborg oder die tibetische Hauptstadt Lhasa erstellt. Neben den Biomasse-Heizwerken sei die Verstromung von Restholz mittels Holzvergasung bzw. mittels Dampfturbine und aktuell die Entwicklung einer Anlage zur Herstellung von Treibstoffen der zweiten Generation auf Holzbasis ein Meilenstein der weiteren Fortentwicklung, gab sich Bürgermeister Deutsch überzeugt. Am Anfang, Ende der 1980er Jahre, stand übrigens der symbolische Ausruf einer atomstromfreien Gemeinde.

Einig waren sich die Teilnehmer, dass das langfristige Ziel „100 Prozent erneuerbare Energien“ mit Hochdruck auch im Landkreis Ansbach weiterverfolgt werden soll. Dazu bietet das Güssinger Modell viele Anregungen. Da die Bevölkerungsdichte bei uns größer, der Waldanteil jedoch geringer ist, muss das Modell „100 Prozent erneuerbare Energien in Westmittelfranken“ auf vielen Säulen ruhen. Dazu zählt neben der Biomasse die verstärkte Nutzung von Sonne, Wind und Geothermie. Gleichzeitig müssen Energiesparen und die Steigerung der Energieeffizienz oberste Priorität erlangen. Zunächst soll versucht werden, auf Gemeindeebene in diese Richtung etwas zu bewegen, aber auch der Landkreis ist gefordert.

Helmut Altreuther



Auch im Schuljahr 2007/08 wurde das Exkursionsprogramm „**Klassenzimmer Natur**“ für Schulklassen der 1. bis. 6. Jahrgangsstufe angeboten und hervorragend angenommen. Ziel der Veranstaltungen ist es, Verständnis für ökolo-

gische Zusammenhänge zu wecken und Wissen zu vermitteln, sowie Freude und positive Erlebnisse in der Natur der unmittelbaren Umgebung zu ermöglichen. Durch die verschiedenen Aktivitäten, wie Forschen und Beobachten, Bewegung, kreative Aufgaben und Naturerfahrung werden unterschiedliche Zugänge zum Thema für die Kinder eröffnet. Besonders beliebt bei den Exkursionen waren die klassischen Themen Wald, Wiese, Hecke und Bach, darüber hinaus aber auch spezielle Angebote zum Thema Waldboden und zur kreativen Auseinandersetzung mit Natur in Form von Landart.

Die Durchführung und Fortführung auch in diesem Schuljahr wurde durch die Unterstützung der Stiftung der Vereinigten Sparkassen in Stadt und Landkreis Ansbach (in deren Geschäftsgebiet) ermöglicht, dafür nochmals herzlichen Dank. Im vergangenen Schuljahr haben wir 1293 Kinder in 63 Schulklassen aus 27 verschiedenen Schulen und 3 Kindergärten erreicht. In diesem Schuljahr führt die Naturpädagogin Martina Widuch aus Aurach einen Teil der Exkursionen durch, um die vielen Terminwünsche der Schulen zu den attraktivsten Zeiten im Herbst und im Sommer besser erfüllen lassen.

Kinder kommen auf den Geschmack – Ernährung aus der Region

Dieses Projekt wurde ebenfalls im Schuljahr 2007/2008 durchgeführt und wendete sich speziell an Kindergärten, deren Interesse sehr groß war. Es konnte sich jedoch nur jeweils eine Gruppe von Kindern aus vier verschiedenen Kindergärten an diesem Projekt beteiligen, weil es auf längerfristige Arbeit mit einer Gruppe ausgelegt war. Dankenswerterweise wurde dieses vom Freistaat Bayern aus Mitteln des Umweltbildungsfonds gefördert.

Die Projektkindergärten waren der Katholische Kindergarten St. Josef in Rothenburg, der Evangelische Kindergarten Regenbogen in Leutershausen, der Katholische Kindergarten St. Otto in Heilsbronn und der Evangelische Kindergarten St. Martin in Bechhofen. Ziel war es, dass die beteiligten Kinder auf den Geschmack von gesunder, saisonaler Ernährung aus der Region

kommen und dabei auch einen Einblick in die Erzeugung von Lebensmitteln auf biologisch wirtschaftenden Höfen bekamen. Der thematische Schwerpunkt lag dabei auf Obst, Gemüse, Kartoffeln und Getreide. Voraussetzung für das Gelingen des Projektes war die Zusammenarbeit zwischen den Kindergärten, den Bio-Bauernhöfen und dem Bund Naturschutz. Für jeden Kindergarten konnte ein Hof in der näheren Umgebung des Kindergartens als Projektpartner gewonnen werden: der Biolandhof der Familien Schilling und Lang/Breit in Schnepfendorf, der Biolandhof von Frau Erna Korn in Burghausen, „Die Gemüsebox“, der Biolandhof der Familie Fischer in Langenloh und der Biolandhof der Familie Krömmüller in Wieseth.

Im Herbst 2007 ging es zunächst um heimisches Obst, besonders um den Apfel; die Kinder besuchten eine Streuobstwiese und pressten im Kindergarten selbst Apfelsaft. Im Winter, Frühjahr und Sommer waren Gemüse, Kartoffeln und Getreide das Thema; die Kinder konnten auf den Höfen die Lagerung und den Anbau erleben und auch selbst Kartoffeln sortieren, Gemüse oder Getreide pflanzen bzw. säen und Brot backen. Zusätzlich kochten die Kinder in jeder der drei Jahreszeiten gemeinsam ein saisonales Gericht im Kindergarten, das dann natürlich auch gemeinsam verspeist wurde. Dabei lernten sie viel über gesunde Ernährung und entdeckten bisher unbekannte Gemüsesorten aus heimischem Anbau.

Zusätzlich fanden in allen Kindergärten Elternabende statt, bei denen die Eltern ein Menü mit regionalen und saisonalen Lebensmitteln aus biologischem Anbau kochten. Dazu gab es Informationen über die gesunde Ernährung von Kindern und über die ökologischen Zusammenhänge in Landwirtschaft und Ernährung - z. B. über den klimaschonenden Lebensmitteleinkauf - und über Gentechnik in der Landwirtschaft. Insgesamt bot das Projekt für Kinder, Eltern und die Pädagoginnen eine spannende und genussvolle Beschäftigung mit unserer Nahrung und ihrer Erzeugung.

Sabine Flierl

Streuobstannahme nach unserem Grünspecht-Konzept



Fast zu groß war dieses Jahr der Erntesegen bei den Äpfeln. Unsere Helfer leisteten Schwerstarbeit, um die 260 t Äpfel an unseren Annahmestellen zu bewältigen. Die letzten Annahmen mussten wir bedauerlicherweise absagen, weil die immensen Tankkapazitäten unserer Partnermosterei Hohenloher Fruchtsäfte restlos erschöpft waren. Jetzt gilt: Kaufen Sie Grünspecht-Apfelsaft, die Verkaufsstelle in Ihrer Nähe erfahren Sie gerne von uns.

Termine/Ansprechpartnerr

- Ansbach** Markus Booth, Tel. 0981/5630
OG-Treffen nach Absprache in Geschäftsstelle
- So., 28. Dez. 14.00 Uhr: Hesselbergwanderung, Ehingen/Bergmühle
Do., 05. März 19.30 Uhr: Hausheizungen und Umwelt, Gh. Rangau, Elp.
- Bechhofen** Gernot Westenburger, Tel. 09822/7654
OG-Treffen siehe Tagespresse
- Dietenhofen** Heidi Billmann, Tel. 09824/1693
Do., 05. März Martin Stümpfig: Klimaschutz gerne - aber wie?
Details und weitere Veranstaltungen siehe Tagespresse
- Dinkelsbühl** Thomas Joas, Tel. 0171/9584208
Naturschutztagebuch: www.naturschutztagebuch.de
OG-Treffen jeden 2. Donnerstag, Gasthaus „Essbar“
- So., 28. Dez. 14.00 Uhr: Hesselbergwanderung, Ehingen/Bergmühle
So., 25. Jan. 19.30 Uhr: Josef Feilmeier/Gentechnik, Hesselberg-EBZ
Weitere Veranstaltungen siehe Tagespresse
- Feuchtwangen/Schnelldorf** Wolfgang Hauf, Tel. 09852/1065
OG-Treffen/Aktionen siehe Tagespresse
Veranstaltungen siehe Tagespresse
- Herrieden** Ella Hausner, Tel. 09825/5519
OG-Treffen: Jeden 3. Montag im Monat um 20.00 Uhr in
der Pizzeria "Enzo"
- Leutershausen** Dieter Speer, Tel. 09823/926175
Termine siehe Tagespresse
- Merkendorf** Gunter Zepter, Tel. 09826/9616
Jan./Feb. 19.30 Uhr: Schimmel in Wohnräumen, Ref.: Erich Offinger
Details und weitere Termine siehe Tagespresse
- Neuendettelsau** Rainer Keilwerth, Tel. 09874/5868
Termine siehe Tagespresse
- Ornbau** Rüdiger Christ, Tel. 09826/991446
Termine siehe Tagespresse
- Rothenburg** Sabine Flierl, Tel. 09861/7369
Termine siehe Tagespresse

Mautflucht und Ortsumfahrungen im westlichen Landkreis Ansbach

Aus aktuellem Anlass haben wir uns im Sommer mit den zu dieser Zeit bekannt gewordenen Planungen für mögliche Straßenumfahrungen von Dinkelsbühl und der Problematik des Maut-Ausweichverkehrs im südwestlichen Landkreis befasst.

Hauptursache für das rapide Ansteigen des LKW-Verkehrs ist eine bundesweit seit Jahrzehnten verfehlte Verkehrspolitik, die einseitig auf die Straße setzt und die damit verbundenen Schädigungen der Bevölkerung und der Umwelt billigend in Kauf nimmt. Güter im Fernverkehr gehören zu einem hohen Anteil auf die Schiene und aufs Wasser, nicht auf die Straße.

Massiv verstärkt, bis hin zu terrorähnlichen Zuständen der direkt betroffenen Bevölkerung, wurde das Problem, weil die bayrische Staatsregierung und die Bundesregierung bislang nicht bereit waren, den unnötig hohen **LKW-Fernverkehr** dorthin zu zwingen, wo er hingehört: auf die Autobahnen, und dort zugleich die sofort greifenden und billigsten Maßnahmen zur besseren Umweltverträglichkeit, zu mehr Verkehrssicherheit und besserem Verkehrsfluss einzuführen, nämlich ein generelles Tempolimit und ein LKW-Überholverbot, ggf. auch die Nutzung bisheriger Standstreifen.

Es ist ein Armutszeugnis, wenn stattdessen von den meisten politischen Entscheidungsträgern mehr oder weniger teure, umweltzerstörende Straßenumfahrungen gefordert werden und dabei die Bevölkerung noch gegeneinander ausgespielt wird. Mit immer neuen, viele Mio. Euro teuren Straßen wird allenfalls an den **Symptomen** herumkuriert, die – meist hausgemachten - **Ursachen** werden aber nicht angegangen. Zudem ist es eine Täuschung der Bevölkerung, Umgehungen als schnelle „Problemlösungen“ zu suggerieren; die Verwirklichung dauert in der Regel viele Jahre. Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten und zieht noch mehr Mautflüchtlinge an.

In der Summe ergäben die im westlichen Landkreis geforderten Umgehungsstraßen, begründet meistens mit dem zunehmenden LKW-Verkehr, eine Straßenbauorgie in noch nie dagewesenem Ausmaß - auf Kosten der Bevölkerung und der Umwelt! Allein zwischen Wilburgstetten und Rothenburg sind 10 Vorhaben geplant, gegen die meisten sprechen viele Gründe.

Zumindest, was Dinkelsbühl und die durch das unnötige, gigantische Industriegebiet „Interfranken“ – zur Ruhigstellung der Bevölkerung – motivierten Kreisstraßen bei Wörnitz/Zumhaus und eine Teilumgehung von Schnelldorf angeht, wehren sich viele Bürger vor Ort mit guten Argumenten gegen diese millionenteuren „Wohltaten“. Wie kontraproduktiv diese für Bevölkerung und Umwelt sind, soll am Beispiel der von den betroffenen Bürgern und uns abgelehnten Dinkelsbühler Ostumgehung (ca. 3 km, Kosten 7,1 Mio. EUR + weitere 9 Mio. EUR für Fortführungen!) aufgezeigt werden.

Durch die – mangels Fläche - enge Heranführung an die Wohnbebauung wird die **Wohnqualität** stark entwertet. Ein beträchtlicher Anteil der Bevölkerung wird nicht *entlastet*, sondern extrem *belastet*. Völlig entwertet mit Durchschneidung und den Emissionen würde der gesamte östliche Stadtrand einschließlich der Mutschach als fußläufig erreichbares **Naherholungsgebiet** und die verschiedenen **Sportanlagen**. Damit würden die bislang gute Stadtplanung dieses Bereiches mit der Sport- und Naherholungsfunktion und die Verzahnung von Siedlungsbereichen mit der Landschaft zunichte gemacht. Die Stadt beraubt sich damit auch jeglicher Erweiterungsmöglichkeiten von Sportstätten oder einer möglichen Wohnbebauung. Eine noch höhere Belastung wäre auch deswegen unvermeidbar, weil durch höhere Fahrgeschwindigkeiten und Streckenverlängerung im Vergleich zur jetzigen B 25

Lärm- und Abgasemissionen steigen würden.

Der gesamte Bereich weist einen hohen Anteil wertvoller Biotopstrukturen, wie z. B. Hecken, Solitär-bäume, Ranken, Mager- und Feuchtwiesen, Raine, Waldränder auf. In ihrer Gesamtheit und auch deshalb, weil die

landwirtschaftliche Nutzung meistens sehr kleinräumig und damit umweltverträglicher als meistens üblich erfolgt, stellen diese Strukturen einen hohen **Biotopwert** dar. Mit der Straßentrasse würden diese brutal zerschnitten oder direkt zerstört. Im Ergebnis wäre der komplette Bereich sowohl ökologisch als auch für die Naherholung zerstört. Auch die Verluste an **landwirtschaftlicher Fläche** wären enorm, weil neben den direkt beanspruchten ein hoher Anteil Verschnittflächen entstehen würde, der dann unbewirtschaftbar bliebe. Durch die Maßnahme würde der landwirtschaftliche Grundstücksmarkt weiter negativ zu Lasten der Landwirte angeheizt. Zudem sinkt seit einiger Zeit aus verständlichen Gründen die Bereitschaft der Landwirtschaft, Flächen für gesetzliche Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Die Trasse würde immensen Ausgleichsbedarf erfordern, der nicht ohne weitere Verschärfung der landwirtschaftlichen Pachtpreise zu realisieren wäre. Mit dem Bau würde der Druck auf die kleineren Orte, wie z. B. Neustädtlein und Knittelsbach steigen. Es würden „Zwangspunkte“ zu weiteren Umgehungen entstehen. Wie die Planung zeigt, die schon eine mögliche Verlängerung vorsieht, wäre dieser Eingriff mit zusätzlichen 9 Mio. EUR Mehrkosten (für

zusätzliche 3,3 km), drei Brückenbauwerken etc. noch gigantischer als der erste Schritt.

Zusammenfassung

Die Verweigerung einer umweltverträglichen Verkehrspolitik durch Bay. Staatsregierung und Bundesregierung kann nicht durch zusätzliche Straßen kompensiert werden, die zudem dauerhaft weitere Unterhaltskosten nach sich ziehen. In Verbindung mit der extrem umweltschädlichen „B 131 neu“ („Schopflocher Spange“) wäre eine Umfahrung von Dinkelsbühl ein regelrechtes Lockmittel für noch deutlich mehr Verkehr. Das Problem würde nicht gelöst, sondern verstärkt. Mit einer Umgehung würde der unnötig hohe Durchgangsverkehr allenfalls schneller „durchgedrückt“, zu Lasten von Anwohnern und Umwelt; in den kleineren Ortschaften würden die Belastung weiter steigen und „Zwangspunkte“ für weitere Umfahrungen entstehen. Der Kardinalfehler der meisten politischen Entscheidungsträger ist, dass die Frage des „Ob“ gar nicht gestellt wurde, sondern nur über das „Wie“ diskutiert wird. Das Thema Klimaschutz, bei dem der Verkehr eine gravierende Rolle spielt, kommt bei dieser Denkweise nicht vor. Angesichts schon jetzt massiver Probleme des Speditionsgewerbes infolge der -sicherlich weiter steigenden - Spritpreise sind Investitionen in zusätzliche Straßen Fehlinvestitionen, der Unterhalt vieler Straßen ist bereits mangelhaft.

Dabei wendet sich der BN nicht generell gegen Umgehungsstraßen. In kleinen Durchgangsorten, wie z. B. Greiselbach oder Lehengütingen sind diese nach unserer Meinung tolerierbar. Nur: Umgehungen sind das letzte Mittel nach Ausschöpfen aller anderen Möglichkeiten.

Helmut Altreuther



Ansbacher Energiesparprogramm

Energiesparen im Allgemeinen und bauliche Maßnahmen im Gebäudebestand stellen die effektivsten Maßnahmen zum Klimaschutz dar. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass seit kurzem die Stadt Feuchtwangen in Zusammenarbeit mit der bayerischen Bauakademie als Impuls eine Energie-Erstberatung anbietet und diese, wie auch die Gemeinde Dentlein, finanziell bezuschusst (Anmeldungen unter 09852/90020). Der Ansbacher Stadtrat ging noch einen Schritt weiter und beschloss kürzlich, auch 2009 Energieeinsparungsmaßnahmen (Wärmedämmung oder neue Fenster) - flankierend zur staatlichen Förderung - zu bezuschussen. Die Förderung für besonders effektive Maßnahmen wurde deutlich erhöht. Wir sind - auch vor dem Hintergrund der Finanzkrise - der Meinung: Investitionen in Gebäuden zur Energieverbrauchssenkung bis hin zum Passivhausstandard sind spekulationsfreie, krisensichere Geldanlagen.

Formulare und Merkblatt können bei der Stadt Ansbach angefordert werden. Sollten die städtischen Mittel aufgebraucht sein, verliert man den Anspruch trotz Baubeginns nicht, was bei staatlichen Programmen meist anders ist.

Ansbacher, die den Wärmeschutz ihrer Gebäude

verbessern, können jetzt bis zu 2.750.- Euro von der Stadt als Zuschuss erhalten. Gefördert werden:

Dämm-Maßnahmen an Außenwänden, im Dachbereich sowie der Ersatz von Fenstern in Wohngebäuden (Baugenehmigung vor 1984), und zwar:

1. Für die Dämmung von Außenwänden, die mit einer Außendämmung von mindestens 8 cm bei einer Wärmeleitfähigkeitsgruppe (WLG) von 035 versehen sind, gibt es einen Zuschuss in Höhe von 2,50 EUR/qm, maximal 750,- EUR. Bei einer Dämmung über 140 mm erhöht sich der Zuschuss auf 7,50 EUR/qm und maximal 1.500.- EUR.
2. Der Austausch von Fenstern, sofern die neuen Fenster einen Wärmedurchgangskoeffizienten (U-Wert) von weniger als 1,2 aufweisen, wird mit 25.- Euro pro qm Fensterfläche bezuschusst, höchstens 750.- Euro.
3. Für eine Dachdämmung werden Zuwendungen von 3.- EUR/qm gewährt, wenn die Dämmstärke mindestens 160 mm, bei einer Wärmeleitfähigkeitsgruppe 035 beträgt. Bei 180 mm Stärke wird eine Zuwendung von 4.- Euro/qm bezahlt, höchstens 500.- EUR. Bei Einsatz von Dämmmaterial mit abweichender WLG (z.B.: 040) erhöhen bzw. vermindern sich die geforderten Dämmstärken entsprechend.

Informationen über staatliche Förderung (und damit generell, auch außerhalb von Ansbach) erhalten Sie z. B. bei der Energie Agentur Mittelfranken (0911/ 801170), bei Ihren Stadtwerken, bei der KfW (01801/335577), den regionalen Banken und den regionalen Energieberatern (www.newebauen.de).

Hannes Hüttinger

Energiesparen bei Heizungen

Mit dem Thema traf die BN-OG Rothenburg ins Schwarze, denn das Energieeinsparpotential ist im Heizungsbestand am größten. Elektronikfachmann Dipl.-Ing. Heinz Horbaschek (Erlangen) verstand es, mit einem eindrucksvollen Vortrag Theorie und Praxis zu verbinden. Das Ergebnis seiner Untersuchungen: Hersteller haben ihre Hausaufgaben nur unzureichend gemacht. Werbeaussagen und praktische Erfahrungen klaffen erheblich auseinander!

Der feuerungstechnische Wirkungsgrad, den die jährliche Emissionsmessung ermittelt (bei Gas alle 2 Jahre), sei nur von minimaler Aussagekraft, was die Effizienz einer Gesamtanlage betreffe. Egal, ob dieser 91 oder 93 % betrage, entscheidend seien die zahlreichen übrigen Verlustquellen wie schlechte Isolierung des Kessels, des Boilers (Warmwasser!) und der Rohre in der Wärmeverteilung. Eine weitere wesentliche Verlustquelle sei ein weit offen stehendes Fenster des Heizraumes, vor allem, wenn die Anlage keine Ansaugluft- oder Rauchrohrabschlussklappe besitzt, so dass bei Brennerstillstand kühle Luft durch den Kessel strömt. Fast alle Anlagen würden von der Installation bis zur Entsorgung mit Werkseinstellung der Regelung betrieben, anstatt exakt auf Haus und Verbrauchergewohnheiten eingestellt zu werden. Der Referent zeigte zahlreiche Möglichkeiten auf, den Energieverbrauch mit geringem Aufwand erheblich zu reduzieren. Er empfahl zunächst eine Bestandsaufnahme der eigenen Anlage. Daraus ergäbe sich oft die Notwendigkeit einer ganzen Reihe von Maßnahmen:

- Verbessern der Dämmung, vor allem des Kessels und des Boilers
- Nachrüsten einer Rauchrohr- oder Brennerabsperreklappe
- Drosseln der Raumluftzufuhr
- Reinigen des Kessels ein bis mehrmals im Jahr
- Kauf schwefelarmen Heizöls
- Richtiges Einstellen der Regelung, besonders für die Nachtabenkung

In vielen Anlagen würden die Zirkulationspumpen für Warmwasser ständig laufen, was zu erheblichem Energieverlust führe. Als Abhilfe empfahl er eine Zeitsteuerung über Taster. In seinem Haus brauche er in der gesamten warmen, heizungsfreien Zeit lediglich 120 Liter Heizöl für den Warmwasserbetrieb.

Bei Neukauf von Anlagen solle man oben genannte Punkte einfordern. Die oft ins Feld geführte „Überdimensionierung des Kessels“ sei kein wirkliches Problem, wenn der Kessel optimal isoliert sei. Brennwertkessel brächten in der Praxis lediglich Einsparungen von ca. 3,5 % bei Öl und 4,5 % bei Gas. Doppelt sind sie bei niedriger Vorlauftemperatur wie bei Fußbodenheizungen. Der ganze Powerpointvortrag ist im Internet zu finden unter: www.horbiradio.de/Heizungsoptimierung.ppt .

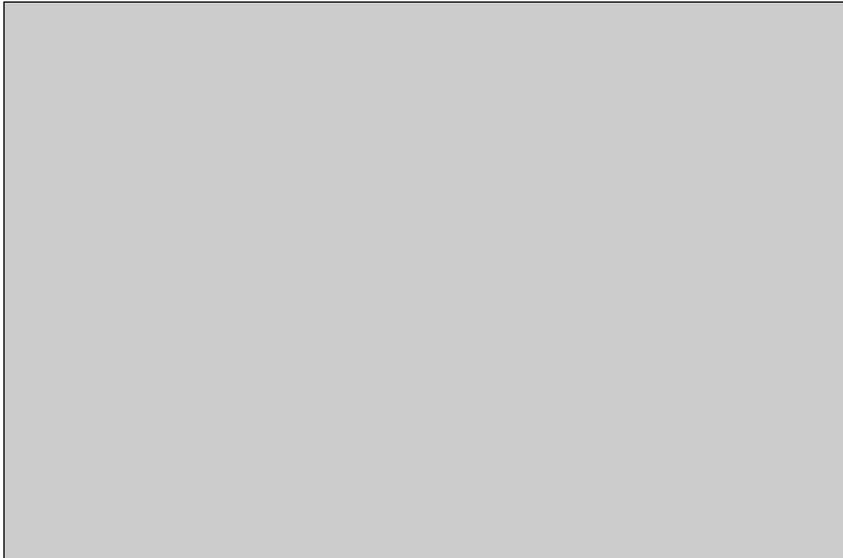
Seit Jahren setzen wir uns für einen verantwortungsvollen Umgang mit Regenwasser ein. Im Wesentlichen sind es zwei Ansatzpunkte: Auf **Gemeindeebene** haben wir nach dem Motto „Dachrinnen weg vom (Schmutzwasser-) Kanal“ die Trennung von Schmutz-

und Niederschlagswasser, Flächenentsiegelung, Rückhaltung und Versickerung, sparsamen Umgang mit Trinkwasser u. a. m. forciert. Inzwischen zeigen sich erste Erfolge; die Städte Ansbach und Leutershausen haben ihre Satzungen entsprechend gestaltet und bieten somit einen auch *wirtschaftlichen* Anreiz zu umweltgerechter Regenwasserbehandlung.

Im **Privat- und Gewerbebereich** ist es ein Gebot der Stunde, in Bereichen, wo keine Trinkwasserqualität notwendig ist, z. B. bei der Toilettenspülung, Wäschewaschen, Gartenbewässerung, Reinigung) Trinkwasser durch Regenwasser zu ersetzen. Hierdurch kann der Trinkwasserverbrauch um über 50 % gesenkt werden. Es ist völlig unsinnig, oft hoch aufbereitetes Trinkwasser als Transportmittel für unsere Fäkalien einzusetzen. Die Technik ist mittlerweile so ausgereift, dass Hersteller und Fachhandwerk für jeden Bedarf, ob im Alt- oder im Neubau, praxisgerechte Lösungen anbieten.

Um dies breiten Bevölkerungsschichten zu vermitteln, haben wir die diesjährige **KONTAKTA** genutzt. Wir haben dazu unsere Modellanlage eingesetzt und zusammen mit der IKT ein Informationsblatt dazu völlig neu konzipiert, dessen Druck dankenswerterweise von der Fa. Ruf aus Wilburgstetten werblich unterstützt wurde. Der logistische und personelle Aufwand für die **KONTAKTA** war zwar ziemlich hoch, die vielen „Fachgespräche“ - nicht nur zum Leitthema Regenwassernutzung - haben diesen aber gerechtfertigt.

Das Faltblatt gibt - ebenso wie etliche Broschüren der „Fachvereinigung für Regenwassernutzung (fbr)“ umfassend Auskunft zur Technik, richtigen Dimensionierung, Praxis und Kosten. Es ist in der Geschäftsstelle erhältlich oder kann von unserer Homepage heruntergeladen werden: www.bn-ansbach.de.



Welche immensen Möglichkeiten der Umsetzung von Umweltschutzbelangen in einem lebensmittelverarbeitenden Handwerksbetrieb liegen, wenn Inhaber und Mitarbeiter zu den „Überzeugungstätern“ gehören, zeigt das Bei-

spiel der Bäckerei Rager in Ansbach eindrucksvoll auf. Dem Umweltschutz hat sich die Inhabersfamilie, die schon Jahrzehnte BN-Mitglied ist, längst verschrieben. Schritt für Schritt wurde im Lauf der letzten fünf Jahre eine ganze Palette von Energiesparmaßnahmen am Geschäfts- und Wohngebäude sowie den diversen Gerätschaften umgesetzt. Es gab viele „billige“ Maßnahmen durch Verhaltensänderung, Änderung des Betriebsablaufes, eigene technische Verbesserungen, ebenso wurde bei Neuinvestitionen konsequent auf die energiesparendste Technik gesetzt, auch wenn die Anschaffungskosten zunächst höher lagen. Der Energieverbrauch (und somit der CO₂-Ausstoß) konnte so um 45 % gesenkt werden.

Dass die Bäckerei Rager der erste Betrieb war, der dem „Bündnis für einen gentechnikfreien Landkreis Ansbach“ beiträgt, hat einen konkreten Hintergrund: Motiviert durch den Vortrag des alternativen Nobelpreisträgers Percy Schmeiser, bemühte sich Rager konsequent um absolut gentechnikfreie Produktion. In mühsamer Kleinarbeit ließ er sich von allen Lieferanten bis hin zur kleinsten Zutat bescheinigen, dass diese absolut gentechnikfrei sind. Zum Abschluss konnte der gesamte Betrieb vom „Qualitätsverbund umweltbewusster Betriebe“ zertifiziert werden, den Kunden kann seither Gentechnikfreiheit garantiert werden. Wir erhoffen uns hierdurch Signalwirkung auf andere Betriebe des Lebensmittelhandwerks. Je mehr Betriebe sich zertifizieren lassen, desto größer wird der Druck auf Zulieferer, ihre Erzeuger auf den Prüfstand zu stellen.

Als „Sahnehäubchen“ in ökologischer Hinsicht ging Bäcker Rager bei einem Teil seiner Produkte noch einen Schritt weiter: Die Zutaten für Brot, Brötchen und Vollkorngebäck stammen aus ökologischem Landbau. Dies erfordert bei Lagerung und Verarbeitung besondere Sorgfalt, weil hier eine absolute Trennung vom konventionellen Bereich notwendig ist.